

Antrag

Initiator*innen: Said Etejjari (KV Segeberg)

Titel: **Solidarität und Menschlichkeit statt
Pauschalisierung und Abschottung**

Antragstext

1 Mit dem Wahlsieg der CDU zieht auch eine mögliche Verschärfung des Asylrechts
2 und der Migrationsdebatte in die nächste Regierung. Der Wahlkampf war geprägt
3 von einem Abschiebungswettbewerb, rechtlich-fragwürdigen und unmenschlichen
4 Forderungen. Merz' Fünf-Punkte-Plan, gebilligt von AfD, FDP, und BSW, könnte
5 jetzt Wirklichkeit werden. Umso wichtiger wird eine geeinte Zusammenarbeit für
6 eine humane, realistische, und faktenbasierende Migrations- und Asylpolitik.

7 Leider hat auch unsere grüne Asylpolitik während des Wahlkampfs an Schärfe
8 verloren. Einige öffentliche Pläne und Vorschläge verstoßen direkt gegen die
9 Beschlusslage unserer Partei. Robert Habeck's 10-Punkte-Plan findet sich immer
10 noch auf unserer Website. Wir möchten mit diesem Antrag ein deutliches Signal
11 gegen die Versicherheitlichung der Migrationsdebatte senden. Wir möchten eine
12 humane und faktenbasierte Politik machen, die die Komplexität der Realität
13 anerkennt und nicht populistischen Forderungen nachgibt.

14 In unserer grünen Landesregierung zeigen wir regelmäßig, wie eine solche
15 Asylpolitik funktionieren kann, auch in einer Koalition mit der CDU. Auch wenn
16 unsere Mittel limitiert sind, setzen wir uns weiter für Menschlichkeit ein. Als
17 Grenzgebiet sind wir besonders von populistischen Forderungen betroffen.

18 **1. Gegen Grenzkontrollen, für ein offenes, humanes Europa.**

19 Wir haben eine humanitäre und historische Verantwortung, Menschen auf der Flucht
20 Schutz zu bieten. Das teilt auch die große Mehrheit der Deutschen. Durch

21 permanente Grenzkontrollen und dem Generalverdacht von Flüchtlingen werden wir
22 diesem Anspruch nicht gerecht.

23 Pauschale Grenzkontrollen sind eine populistische Forderung der AfD, die jetzt
24 auch die CDU übernommen hat. Ähnlich basieren auch die temporären Kontrollen
25 durch Nancy Faeser auf pauschalisierenden Falschannahmen und wurde von Teilen
26 unserer Partei unterstützt und mitgetragen.

27 Temporäre oder permanente Grenzkontrollen schaffen weder Sicherheit, noch
28 verhindert sie ungewollte Einreisen – das bestätigt die Forschung regelmäßig. Es
29 ist eine Symbolmaßnahme, denn die meisten undokumentierten Menschen reisen legal
30 ein.

31 Grenzkontrollen widersprechen unsere europäische Einigkeit und Freihandel. Vor
32 allem permanente Kontrollen stehen gegen dem deutschen und europäischen Recht.
33 Sie sind praktisch immer schwieriger umsetzbar und binden Finanzen und Personal,
34 das besser in funktionierende Maßnahmen investiert werden kann.

35 Solche Forderungen beruhen auf einer Pauschalisierung von migrierenden Menschen
36 als Sicherheitsrisiko. Migrantinnen mit oder ohne Aufenthaltsgenehmigung stellen
37 kein höheres Sicherheitsrisiko dar als andere Menschen.

38 Hiermit stellen wir uns deutlich hinter mehrere grüne Landesverbände, die den
39 temporären Grenzkontrollen oder deren Ausweitung entgegenstehen. Stattdessen
40 heißen wir migrierende Menschen willkommen ohne die Grundannahme der unerlaubten
41 Einreise. Für diese Positionen machen wir uns innerhalb unserer Partei und im
42 Bundesrat stark.

43 **2. Gegen Versicherheitlichung und Abschiebungswettbewerb.**

44 Der Wahlkampf und TV-Duelle waren geprägt von einem Wettbewerb, welche Partei
45 mehr abschieben kann. Die öffentliche Debatte vermischt durchgehend Sicherheit
46 und Migration ohne faktische Basis dafür. Das kritisieren unsere LAGs und BAGs
47 regelmäßig. Darunter leiden Asylsuchende und alle Menschen mit
48 Migrationshintergrund, die unter Generalverdacht gestellt werden.

49 Auch innerhalb unserer Partei gab es Versuche, diesen Diskurs als pragmatische
50 Lösung zu positionieren. Einige Vorstöße passierten ohne Absprache, gegen
51 Beschlusslage, und mit Kritik der LAG und BAG für Migration. Mit diesem Antrag
52 möchten wir uns als Landesverband und Landesfraktion dafür einsetzen, dass wir
53 für eine humane Asylpolitik stehen und das auf Bundesebene weiterführen. Wir
54 schließen uns nicht der populistischen Versicherheitlichung der Debatte an.

55 **3. Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetz.**

56 Wie kein anderes steht das Asylbewerberleistungsgesetz für fehlende Humanität
57 und falschen Migrationsverständnis. Das Gesetz wurde 1993 eingeführt, um
58 Flüchtlinge "abzuschrecken." Wie erwartet, hat es nicht zu geringeren
59 Fluchtzahlen geführt. Stattdessen leiden die darunter fallenden Menschen an
60 Diskriminierung, gesundheitlichen Problemen und weniger
61 Integrationsmöglichkeiten. Im Gegensatz zu den Leistungen für deutsche
62 Staatsbürger gibt es ein willkürliches Existenzminimum, unflexible
63 (Sach)Leistungen, fehlende Mehrbedarfen, und fehlende Arbeitsförderungen.

64 In unserem Bundestags-Wahlprogramm 2021 haben wir uns bereits für eine
65 Abschaffung eingesetzt. Diese Forderung verschwand jedoch in unserer aktuellen
66 Fassung. Als Partei möchten wir für eine gerechte Eingliederung und Integration
67 von Asylbewerbern stehen, die nicht diskriminiert. Die Erfahrungen mit
68 Ukrainerinnen zeigt, dass schnelle Arbeitsmarktzugang und Förderung von
69 Geflüchteten ohne das AsylbLG besser für alle ist.

70 Mit unserem Landesverband machen wir uns stark, dass dieses Thema wieder ein
71 zentraler Punkt unserer Migrationspolitik wird. Dafür arbeiten wir mit anderen
72 Landesverbänden zusammen.

73 **4. Unser Einsatz auf Bundesebene.**

74 Der Afghanistan-Gründerlass ist ein gutes Beispiel, dass wir Humanität und
75 längerfristige Perspektiven in unserer Asylpolitik bringen können. Trotz des
76 Einsatzes unserer Landtagsfraktion und Landesregierung sind unsere Mittel
77 limitiert und auf das BMI angewiesen.

78 Konkret fordern wir das BMI und die Bundesregierung auf, den Weg für die
79 Landesaufnahmeanordnung sowie die Verlängerung des Abschiebestopps für Egidinnen
80 freizugeben. Im gleichen Sinne unterstützen wir Vorschläge für flexible
81 Heimatreisen ohne Aufenthaltsverlust für Syrerinnen, denn ihre Beiträge für
82 unsere Gesellschaft sind unermesslich.

83 Wir arbeiten weiter auf diese Ziele und setzen uns dafür im Bundesrat ein. In
84 Kooperation mit anderen Bundesländern und grünen Landesverbänden möchten wir den
85 Druck für unsere Ziele beim BMI aufrechterhalten.

Antrag in leichter oder einfacher Sprache

Wird nachgereicht

Unterstützer*innen

Séverine Petersen (KV Lübeck), Ocean Renner (KV Nordfriesland), Luca Moriconi (KV Pinneberg), Jesper Ole Berg (KV Lübeck), Markus Zipper (KV Lübeck), Birte Duggen (KV Lübeck), Sebastian Syrbe (KV Lübeck), Janine Mehlhorn (KV Lübeck), Tobias Preß (KV Lübeck), Fides Münstermann (KV Lübeck), Johanna Helbing (KV Lübeck), Annegret Kranz-Kniesel (KV Lübeck), Anna Maria Ehlers (KV Lübeck), Dinerzad Bauer (KV Lübeck), Axel Rasmussen (KV Nordfriesland), Andreas Bartelt (KV Segeberg), Philipp Kowalski (KV Lübeck), Antje Schüren (KV Lübeck)